

Helga Grebing

Über den Zusammenhang von Gewaltlosigkeit und demokratischem Weg zum Sozialismus

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), *Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung* (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 32), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 850 S., Ln., 72 DM.

Diesem Band gebührt aus doppeltem Grunde umfängliche und umständliche Aufmerksamkeit: 1. Hier haben sich Autoren, entweder einschlägig bereits als hochqualifiziert ausgewiesen oder doch zumindest mit vielversprechenden Arbeitsprojekten bekannt geworden, zusammengetan, um eine umfassende Fragestellung – Frieden, Gewalt, Sozialismus – in ihrem umfassenden historischen Kontext zu diskutieren; von diesem Ansatz her betrachtet, präsentiert der Band gewissermaßen den letzten Reflexionsstand der Forschungen zur Geschichte und Theorie der europäischen Arbeiterbewegung. 2. Zugleich aber findet sich der aufmerksam und unverdrossen 808 Seiten Text bewältigende Leser mit manchem »seltsamen Zeichen analytischer Schwäche« (so *Lademacher*, S. 407, über *Hilferding*) konfrontiert, über deren symptomatischen Wert eine Klärung herbeizuführen ist.

Wer solche Projektarbeit kennt, weiß, wie schwierig, wenn nicht unmöglich es ist, Fragestellungen wirklich gleichgewichtig bearbeiten zu lassen. Die Herausgeber befanden sich in dieser Schwierigkeit, sie unterrichten darüber, und so gebietet es die Fairneß, kommentarlos zu bemerken, daß für »Sozialismus« (siehe eines der Titelwörter) vor allem die deutsche Arbeiterbewegung steht (fünf Beiträge und entsprechende Anteile aus den »Theoriestudien«); auf die österreichische Arbeiterbewegung entfällt ein Beitrag, auf die englische zwei; je eine Studie bezieht sich auf die Kommunistische Internationale und die ČSSR während des »Prager Frühlings«.

Der Band ist aufgeteilt in »Theoriestudien« und »Fallstudien«; schon diese Trennung beleuchtet schlaglichtartig die methodologischen Schwierigkeiten, die das Gesamtprojekt, konstitutiv bedingt, begleiteten. In der Tat werfen die »Theoriestudien« von *Günter Freudenberg* (»Zur Theorie der Gewalt und des Gewaltwerdens der Theorie als Bedingung positiven Friedens im Werk von Karl Marx und Friedrich Engels« – S. 11–87), *Heinz Kimmerle* (»Der Begriff der Gewalt in Lenins politischer Theorie und Praxis bis 1917« – S. 88–131) und *Jakob Schiffler* (»Die Diskussion über Gewalt in der russischen Revolution« – S. 132–176) die Frage auf, was es denn heißt und zu welchem Ende man Theoriegeschichte studiert.

Freudenberg führt aus, daß nach Marx' Theorie des Kapitals die umfassende gesellschaftliche Revolution (zu unterscheiden von der nur partiellen politischen) das notwendige Resultat des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise ist, wobei die historischen Bedingungen der Durchführung der Revolution im voraus nicht vollständig bestimmbar sind. Das Kriterium des Übergangs ist die Grenze der Reproduktionsmöglichkeiten des bestehenden Systems (der bürgerlichen Gesellschaft), das sich aber erst a posteriori aus der vollendeten Revolution ableiten läßt.

Freudenberg wendet gegen Popper ein – und dem läßt sich folgen –, daß die Marxsche Theorie damit durchaus nicht die Politik, politisches Handeln, zur Impotenz verurteilt. Zwar unterliegt bei Marx auch das Proletariat als die revolutionäre Kraft den strukturbedingten Entwicklungsgesetzen, »doch ist die Befreiung des Menschen als historische Überwindung des kapitalistischen Verhältnisses und seiner immanenten, es als solches gerade konstituierenden Zwänge nur als Ergebnis politischer Prozesse denkbar, die die Entwicklung innerhalb des Systems, dem Reich der Notwendigkeit, ihrerseits freisetzt« (S. 83). Deshalb sind Reformen Vorbereitungen der Revolution, Ausnutzung des bestehenden Systems in seinen immanenten Befreiungsmöglichkeiten in einem strukturellen Zustand, der noch nicht in den Grenzbereichen des Systems anzusiedeln ist. Und Revolution ist nach Marx – wie Freudenberg darlegt – auf »historische Initiative« angewiesen.

Hier an diesem Punkt stellt sich die von Marx zwar abstrakt-logisch beantwortete, jedoch konkret-historisch unbeantwortbare bzw. erst a posteriori beantwortbare Frage, wie denn bereits durch der bürgerlichen Gesellschaft noch immanent bleibende »historische Initiative« strukturelle Gesetzmäßigkeiten modifiziert werden; daß sie es werden, scheint außer Frage zu stehen, denn sonst wäre »historische Initiative« a priori sinnlos. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten (von Marx auch Tendenzen genannt bzw. als solche begriffen) der kapitalistischen Entwicklung sind nach Marx durch historisch-konkrete Umstände modifizierbar. Logisch notwendige Resultate der Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitals sind deshalb nicht abstrakte Antizipation historisch-konkreter Realität, sondern Orientierungsmuster und Erklärungsmodelle für die Erkenntnis der Bedingungen der jeweiligen »historischen Initiative«.

Es ergibt deshalb wenig Sinn, wie es Freudenberg im Gefolge anderer Autoren (vor allem Bo Gustafsson) tut, die Abweichungen der realen Arbeiterbewegung von Marx' Theorie des Kapitals oder gar deren Pervertierung zu registrieren und zu konstatieren. Die Frage ist vielmehr, warum sie sich historisch ergeben haben und worüber dieses Warum aufklärt.

Ein gelungenes Beispiel in dieser Richtung – Theoriegeschichte im Medium ihrer historisch-konkreten Bedingtheit zu betreiben, als determinierten und determinierenden Teilaspekt eines je immer in seiner ganzen umfassenden Fülle nur denkbaren historischen Gesamtzusammenhangs – ist die Arbeit von *Kimmerle* über Lenin. Da die Frage nach dem Theorie-Praxis-Verhältnis bei Lenin als eine gleichzeitig inhaltliche und methodische aufgegriffen wird, gelingt es *Kimmerle*, von normativ begründeten Erwartungshaltungen geprägte Lenin-Interpretationen positiv zu unterlaufen, ohne daß neue Normen der Beurteilung benutzt werden.

Schiffers Vorgehen bei der Exegese einiger einschlägiger Schriften von Kautsky, Lenin und Trotzki ist »eher auf Typisierung und Stilisierung der Positionen als auf die dichte historische Rekonstruktion der Situation, in der diese Schriften entstanden sind, ausgerichtet« (S. 136, Anm. 11); er will gewissermaßen »von außen als totaler Ideologie-Kritiker fungieren« (S. 165, Anm. 88).

Theoriegeschichte hat nun gewiß nicht nur die oben angedeutete instrumentelle Funktion im Rahmen eines Bemühens, den historischen Gesamtprozeß zu begreifen, sondern auch ein spezifisches Eigengewicht als Ideen- und Dogmengeschichte oder als »totale Ideologiekritik«. Im letzteren Falle hat Theoriegeschichte dann wiederum einen instrumentellen Wert: Bewußt wird post festum erworbenes Wissen als Mittel der Exegese mitbenutzt, um die Defizite, die Konsequenzen und den Rechtfertigungscharakter eines Denkens offenzulegen – zur Aufklärung aktuellen Denkens, das vorgegebenen Positionen direkt oder abgeleitet folgt.

Dies alles gelingt *Schiffler* weitgehend; es ist allerdings zu fragen, wie sich »totale Ideologiekritik« methodologisch zu schützen vermag vor eigener ideologischer Befangenheit – die Herausgeber deuten dieses Problem in ihrer Schlußbetrachtung an (vgl. S. 802): Auch Ideologiekritik kann ideologisch sein –, wie sie sich davor bewahren kann, doch wieder

zurückzufallen in einfache normative Feststellungen. Die Ergebnisse des exegetischen Verfahrens könnten dann leicht einen lapidaren Charakter annehmen: »Die Kautskysche Interpretation der Arbeiterbewegung und des Kapitalismus im 19. Jahrhundert kann nicht einmal als annähernd zutreffend bezeichnet werden. Weder verlief die Entwicklung zur Humanität so eindimensional, wie er es charakterisiert, noch wird die historische Faktizität von ihm zufriedenstellend dargestellt« (S. 157). Nun besteht schon seit längerem kein Zweifel darüber, daß Kautsky nicht geleistet hat, was sein Exeget von ihm erwartet; es wäre deshalb a) zu fragen gewesen, ob Kautsky dieser Erwartungshaltung (der Zeitgenosse als Metahistoriker) überhaupt entsprechen konnte; und b) wäre, da er ihr offensichtlich nicht entsprochen hat, die Fragehaltung zu ändern gewesen: Warum Kautsky meinte denken zu müssen, wie er gedacht hat, also sich doch der mühevollen dichten historischen Rekonstruktion der Situation, in der die Aussagen Kautskys entstanden, zuzuwenden.

Der Beitrag von *Friedhelm Boll* über »Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Resignation und Revolution. Zur Friedensstrategie 1890–1919« (S. 179–281), der den Reigen der Fallstudien eröffnet, ist insgesamt eine konzise, aspektreich reflektierte Zusammenfassung vorliegender Forschung und eigener Quellenarbeit, die der Frage nach den Motiven, den Formen ihrer Realisierung und ihren Folgen nachgeht. Bei aller analytischen Schärfe des Verfassers bleiben dennoch einige Wünsche offen.

Der Verfasser folgt m. E. noch viel zu traditionalistisch den inzwischen stereotypisch verengten Topoi der Interpretation der Forschung der letzten Jahre: Da ist die Rede von der Verflachung des Revolutionsbegriffs von Marx durch die sozialdemokratischen Theoretiker, von fatalistischem Abwarten, von Organisationsfetischismus, von der pseudorevolutionären Reformstrategie, von der verbalradikalen, pseudorevolutionären Sozialdemokratie, die an den Wilhelminischen Staat gekettet ist, den Klassenkampf aufgegeben hat und die im Krieg unfähig ist, sich stärker (als es geschah) für die Demokratisierung des Reiches einzusetzen.

Dies ist die Demonstration einer Erwartungshaltung auf einem Anspruchsniveau, das zu Bewertungen führt, die sich aus einer Vorstellung davon ableiten, was die SPD hätte tun sollen, um das zu erreichen, was nachfolgende Generationen (zu ihrer eigenen Entlastung womöglich?) als Resultat des Wirkens der SPD sich wünschen, was diese aber eben nicht erreicht hat. Hier haben wohl Karl Korsch's Überinterpretationen Pate gestanden, ohne daß die ideologische Bedingtheit der Korsch'schen Kritik beachtet worden wäre.

Als noch nicht geglückt ist der Versuch zu bezeichnen, Negt / Kluges »Öffentlichkeit und Erfahrung«¹ für die historische Forschung verwertbar zu machen. Boll versucht (S. 218 ff.), mit Negt / Kluges Begriff der »gesamtgesellschaftlichen Scheinsynthese«² den August 1914 zu erklären. In der bürgerlichen Gesellschaft besteht das Bedürfnis nach gesamtgesellschaftlicher Identität (wohl gemeint: Identifikation), das zur legitimatorisch begründeten Herstellung einer gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit benutzt wird; diese Form von Öffentlichkeit kann aber in der Klassengesellschaft nur Schein sein, der allerdings (ein physikalisches Wunder) »einen harten materiellen Kern« hat³: im entfremdeten Arbeitsprozeß der »bürgerlichen Produktionsweise« und in ihren Sozialisationsformen, die beide die »Bereitschaft der Massen, Hoffnungen zu investieren und ihre Bedürfnisse anzuvertrauen« – und dies entgegen den wichtigsten Interessen der unterdrückten Klassen –, hervorrufen. Die Erklärungskraft dieses begriffsmonströsen theoretischen Rahmens scheint indessen vergleichsweise gering, denn Boll stellt fest: »Im historischen Kontext kann man das Augusterlebnis begreifen als eine emotionale Vorwegnahme der erhofften materialen Gleichberechtigung, der Abschaffung aller Ausnahmegesetze [...], unter denen die Sozialdemokratie zu leiden hatte« (S. 219 f.). Demgegenüber ist einzuwenden, daß das »August-

1 *Oskar Negt / Alexander Kluge*, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt 1972.

2 *Ebda.*, S. 132 ff.

3 *Ebda.*, S. 135.

erlebnis« nicht »begriffen« werden kann, solange die Faktoren der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Kultur im Kaiserreich, die Permanenz der Anziehung und Abstoßung, denen die Arbeiterklasse seit der Mitte der 90er Jahre ausgesetzt war, und der Entstehungsprozeß der doppelten Loyalität nicht präzise beschrieben sind. Insofern kann dem Verfasser nicht angelastet werden, was die Forschung über das Kaiserreich bisher nicht geleistet hat. Allerdings muß man auch nicht partout begreifen wollen, was sich noch nicht begreifen läßt⁴.

Es wäre auch zu überlegen, ob der vom Verfasser verwendete Frageansatz nicht zu eindimensional die Sicht der historischen Realität präformiert, ob nicht einige Hinweise, die wir den Forschungen von Susanne Miller verdanken, Alternativen nahelegen könnten. Die Analyse der Überlegungen zu den wirtschaftlichen und den sozialen Bedingungen und Aufgaben, die der Arbeiterbewegung gestellt waren, wie sie z. B. Scheidemanns Rede auf dem Würzburger Parteitag der MSPD 1917 enthielt, oder eine Analyse des Aktionsprogramms der MSPD vom Januar 1918 könnte zu dem Ergebnis führen: Gemessen an den programmatischen Vorstellungen der anderen sozialistischen Gruppierungen und bezogen auf die konkrete historische Situation, hatte nur die MSPD ein klares Programm und eine eindeutige Zielprojektion – beides allerdings entsprechend einer in das Mittelfeld des Parteienspektrums gerückten sozial-liberal-demokratischen Reformpartei. Demgegenüber erschien es dann nicht angemessen, als Historiker in der MSPD etwas zu sehen, was sie gar nicht mehr war, von ihr etwas zu erwarten, was sie weder tun konnte noch wollte.

Den Beweis ex negativo für die Möglichkeit dieser alternativen Betrachtung liefert gewissermaßen *Wolfram Wette* mit seiner Studie »Frieden durch Revolution? Das Scheitern der Friedenskonzeption der Radikalen Linken in der deutschen Revolution von 1918/19« (S. 282–357). Wettes Absicht ist es, zu erklären, warum das Modell »Frieden durch Revolution« nicht verwirklicht werden konnte; die dem historischen Material entnommene theoretische Position wird als Hypothese gesetzt, nach den Ursachen des Scheiterns gesucht, aber auch danach, »ob in der gescheiterten Praxis auch eine Schwäche der Theorie selbst zu sehen ist« (S. 286).

Dieser an sich plausible Verfahrensvorschlag ist in einer Hinsicht problematisch: Ihm liegt m. E. eine allzu strenge Fassung des Begriffs »Theorie« zugrunde, die Wette dann allerdings selbst im Verlaufe seiner Untersuchung gelegentlich unterläuft, wenn er an einigen Stellen statt von »Theorie« von »Programm« oder »Konzeption« spricht. Vielleicht läge es inzwischen näher, von der generalisierenden, begriffsklotzigen dualistischen Gegenüberstellung von Theorie und Praxis, wie sie sich in der veröffentlichten Forschung durchgesetzt hat, Abstand zu nehmen und nach anderen komplementären Begriffen zu suchen, die die Relationen konkreter und dichter bestimmen: Programm und Praxis oder Weltanschauung und Handeln, Vorstellung und Aktion, auch selbstverständlich: Theorie und Praxis, wenn es sich darum handelt.

Wette nennt seine Analyseergebnisse unnötigerweise etwas defensiv »nur historische Thesen« (S. 344, vgl. auch S. 286); er will (und tut dies auch) zu Aussagen gelangen, die sich auf einen relativ abgeschlossenen Zeitraum und zudem noch auf ein bestimmtes Land beziehen; er will das Bündel von Rahmenbedingungen aufweisen, die den Handlungsspielraum der Radikalen Linken begrenzten, und erbringt damit einen die meisten Fallstudien überragenden Ertrag.

Mit selten erreichter Präzision beschreibt und interpretiert er diese Rahmenbedingungen, darunter einige, die von der Forschung über die Novemberrevolution bisher gar nicht oder nur unzureichend in ihrer Bedeutung zur Kenntnis genommen worden sind: u. a. daß die Novemberereignisse fast auf den Tag zusammenfielen mit dem Waffenstillstand und daß

⁴ *Friedhelm Boll* hat inzwischen einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er einige Aspekte seines Bezugs auf Negt/Kluge verdeutlicht: Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914–1918. Das Beispiel Braunschweig, in: AfS XVII, 1977, S. 337–366.

deshalb die Friedensparole nicht (wie in Rußland) zum Weitertreiben der Revolution benutzt werden konnte; daß die Siegermächte vor »bolschewistischen Experimenten« warnten und für solchen Fall die Gefährdung der Lebensmittellieferungen und die Verschärfung der Friedensbedingungen ankündigten; daß die nicht-gesetzliche Gewalt der Novemberrevolutionäre nachträglich legitimiert wurde, indem sie die Basis der legalen Gewalt der Volksbeauftragten bildete; dem entsprach die Loyalität der Revolutionäre gegenüber den Parteien, die den Rat der Volksbeauftragten trugen. Wette zeigt aber auch die Kompensation der Ohnmacht der Radikalen Linken auf, die z. T. bedingt war durch diese ungünstigen Rahmenbedingungen, z. T. durch innere Konstitutionsmängel: die abstrakten Schlagworte, die fehlende konkrete Handlungsanweisungen nicht ersetzen konnten, und das »Alles-oder-Nichts-Maximalprogramm«.

So sehr *Wettes* Interpretationsleistung in diesem Beitrag überzeugt, so wenig die in seinem zweiten Beitrag »Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus? Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik« (S. 358–403). Die Kritik an diesem Beitrag *Wettes* muß auf zwei Ebenen ansetzen: 1. Die Argumentation *Wettes*, verbleibt man zunächst in dem Rahmen, den Wette verwendet, ist an vielen Stellen einfach falsch, verkürzt oder kurzschlüssig; 2. die Argumentation beschränkt sich überwiegend auf die der Arbeiterbewegung immanenten, in ihrer eigenen Tradition begründeten restriktiven Faktoren und vernachlässigt die Diskussion der äußeren gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und der ihnen entsprechenden Handlungsspielräume der Arbeiterbewegung. Diese Einwände treffen z. T. auch den Beitrag von *Horst Lademacher* »Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934)« (S. 404–460); es erfolgen deshalb bereits bei der Auseinandersetzung mit dem Beitrag von Wette Vorgriffe auf diesen Beitrag bzw. bei der Kritik von Lademacher Rückgriffe auf *Wettes* Auffassungen.

Zunächst sei festgestellt, daß *Wette* eine Reihe von Fragen stellt, von deren Beantwortung man sich viel verspricht: Warum scheiterte der sozialdemokratische Antifaschismus? Wurde die faschistische Gefahr überhaupt erkannt? Wurde der Gewaltcharakter des Faschismus rechtzeitig erkannt? Gab es den sozialdemokratischen Antifaschismus nur auf dem Papier? Im Zuge der Beantwortung dieser Fragen behauptet Wette (S. 369 f.) unter Bezug auf den Magdeburger Parteitag 1929, das Protokoll der SAI-Tagung 1930 und das Jahrbuch der SPD 1930: »Kurzum, die Gefahr einer faschistischen Entwicklung im eigenen Lande wurde 1929 auch nicht andeutungsweise gesehen« (S. 369); es lasse sich aus den oben angegebenen Dokumenten ablesen, daß »es während der zwanziger und noch zu Beginn der dreißiger Jahre in der deutschen Sozialdemokratie eine Faschismuskonversation, geschweige denn eine solide Analyse nicht gegeben« hat (S. 370).

Dies stimmt einfach nicht. Zunächst muß man darauf hinweisen, daß z. B. Hilferding bereits im »Finanzkapital« antizipatorisch die Bedeutung der Mittelschichten im Faschismus behandelt hat (vgl. das Kapitel: Das Finanzkapital und die Klassen), von anderen Antizipationen hier einmal abgesehen, die insgesamt eine theoretische Grundlage für spätere Faschismusanalysen abgegeben haben. Überdies gab es⁵ zwischen 1922 und 1924 Analysen des italienischen Faschismus sowie erste Anwendungen eines über Italien hinausreichenden Faschismusbegriffes von sozialdemokratischen Autoren: Julius Braunthal, Wilhelm Ellenbogen, Oda Olberg⁶, Julius Deutsch, Ernst Hamburger, Paul Kampffmeyer. Ihre Arbeiten

5 Die Rezensentin bezieht sich hier auf die unveröffentlichte Staatsexamensarbeit von *Reinhard Sturm*, Untersuchungen zu frühen sozialdemokratischen Faschismus-Theorien, Göttingen 1977.

6 Oda Olberg wird von *Lademacher*, S. 442, zu einer reformistisch eingestellten Sozialdemokratin gestempelt, die zu wenig in Parteitradition und -geschichte steckte. Die 1873 geborene Olberg schloß sich Anfang der 90er Jahre der Arbeiterbewegung an und wurde durch eine 1896 erschienene Arbeit über »Das Elend in der Hausindustrie« mit August Bebel bekannt. Seitdem arbeitete sie in der »Neuen Zeit« mit. Nach ihrer Heirat mit dem italienischen Sozialisten G.

bieten ansatzweise außerordentlich differenzierte Analysen, die in der besten Tradition der Theoriearbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und in Österreich vor 1914 stehen; sie zeigen überdies zumindest für die Frühzeit sozialdemokratischer Faschismusanalyse, daß keine Rede davon sein kann, es seien KPD und NSDAP für antidemokratische Gegner identischen Charakters gehalten worden. Erst weitere historische Erfahrungen haben zu dieser Identifikation geführt.

Wette behauptet nun auch für die Zeit nach 1930 ein »Defizit an Faschismus-Analysen in der SPD«. Er belegt dies mit Aufsätzen von Schifrin, Decker und Hilferding; auch *Lademacher* teilt im wesentlichen unter Bezug auf Schifrin Wettes Auffassung (vgl. S. 409, 417 ff.). Nimmt man aber »in der SPD« ernst, so wäre auch zu sprechen von den Beiträgen zur Faschismuskonversation, die aus dem Kreis der Autoren um die »Sozialistischen Monatshefte« und die »Neuen Blätter für den Sozialismus« (C. Mierendorff, Th. Haubach, E. Nölting, E. Heimann, A. Rathmann, G. Keiser, R. Küstermeier) stammen, von R. Breitscheid, von H. Heller (Europa und der Faschismus, 1929), von dem Teil der Linksoption, der 1931 in der SPD blieb (S. Aufhäuser, A. Gurland, den Lademacher allerdings kurz nennt, vgl. S. 417), und jenem Teil der Linksoption um M. Seydewitz, der 1931 die SAP(D) mitgründete⁷. Überdies wird man, um das gesamte Spektrum der Faschismuskonversation in der SPD zur Kenntnis nehmen zu können, zu berücksichtigen haben, daß auch die außerhalb der SPD links von ihr entstandenen Faschismusinterpretationen teils zustimmend, teils ablehnend diskutiert worden sind, so die Arbeiten von Fritz Sternberg, der übrigens schon 1926 in »Der Imperialismus« auf die Gefahr neuer imperialistischer Kriege als Konsequenz der Entwicklung des Kapitalismus hingewiesen hatte⁸.

Erst wenn man dieses ganze, hier nur schemenhaft gekennzeichnete Spektrum der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus in die Betrachtung einbezieht, wird man in der Lage sein zu entscheiden, ob wirklich ein »Defizit an Faschismus-Analysen« in der SPD behauptet werden kann oder ob man nicht mit Analyseergebnissen konfrontiert ist, die den Vergleich mit anderen zeitgleichen Interpretationen sehr wohl aushalten. Trifft dies zu, so wird die Erklärung der Niederlage der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus noch schwieriger als bisher schon.

Für Wette und *Lademacher* ist die Sache indessen klar: Die Hypertrophie des auf die demokratische Republik bezogenen Legalismus der SPD verhinderte eine offensive, Gewalt als Möglichkeit des politischen Handelns nicht »perspektivlos« ablehnende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die – so kann man doch wohl die Intentionen der Verfasser deuten – andernfalls hätte erfolgreich verlaufen können (vgl. Wette, S. 363 ff.; *Lademacher*, S. 405 ff., 420 ff.).

Der von der SPD konsequent durchgehaltene Legalismus beruhte auf zwei Prämissen: 1. auf der im Görlitzer Programm ausgesprochenen politischen Überzeugung, daß die demokratische Republik »die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform« war; 2. auf der Auffassung, daß die Verwirklichung des Sozialismus wegen

Lerda übersiedelte sie Ende der 90er Jahre nach Rom, war dort als Korrespondentin des »Vorwärts« tätig und schrieb außerdem weiter in der »Neuen Zeit«, im »Kampf« und in der »Gesellschaft«.

7 Vgl. hierzu *Ernst-Viktor Rengstorf*, Links-Opinion in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe« 1928–1931, Hannover 1976. – Auf S. 387 behauptet Wette unter Berufung auf *Hanno Drechsler*, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim a. G. 1965, S. 73, die SAP sei der Auffassung gewesen, die Nationalsozialisten müßten an der Regierung beteiligt werden, damit sie sich abnützten. Drechsler spricht jedoch von der Linksoption in der SPD auf dem Parteitag 1931; auch sind deren Aussagen inhaltlich nicht so interpretierbar, wie Wette sich äußert.

8 Vgl. *Helga Grebing*, Faschismus, Mittelschichten und Arbeiterklasse. Probleme der Faschismus-Interpretation in der sozialistischen Linken während der Weltwirtschaftskrise, in: IWK, Jg. 12, 1976, H. 4, S. 443–460.

der Bewahrung seiner humanen Inhalte ohne die Mittel der Gewalt auf dem Boden des demokratischen Staates erfolgen mußte (vgl. z. B. Hilferdings Rede auf dem Kieler Parteitag 1927). Beide Prämissen, die gewiß in Teilaspekten abwichen von Auffassungen, wie sie vor 1918 vertreten worden waren, resultierten aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und aus der Reflexion der Ergebnisse der Oktoberrevolution. Keineswegs widersprüchlich, wie *Wette* meint, sondern naheliegende strategische Konsequenz aus dieser prinzipiellen Haltung war die Auffassung, daß zum Schutze der Demokratie Gegengewalt von der Arbeiterbewegung organisiert und ausgeübt werden mußte, wenn der demokratische Staat diesen Schutz nicht mehr garantierte⁹.

Historiker mögen diese Prämissen, in Kenntnis ihrer historischen Konsequenzen, kritikwürdig finden, weil der historischen Lage nicht angemessen. Doch ist es m. E. noch weniger angemessen, das Aufgeben von Prinzipien zu erwarten, das die inhaltliche Substanz der sozialistischen Überzeugungen zerstören mußte. Ganz abgesehen von dem nicht voraussehbaren Ausgang einer gewaltsamen, bürgerkriegsartigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Preisfrage: Hätte Lenin die Oktoberrevolution gemacht, wenn er vorher deren humane Kosten gekannt hätte?): Es gibt historische Lagen, in denen humane Prinzipien und auf ihnen beruhende Bewegungen nicht erfolgreich sein können. *Gottfried Niedhart* hat in seinem Beitrag über die Friedenspolitik der Labour Party nach 1919 auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht (S. 641–679, hier vgl. S. 652 f.). Wenn – wie es die Auffassung der Labour-Politiker war – Sozialismus mit keiner Form von Gewalt korrelieren sollte, dann war – und auch dies sahen die Labour-Politiker – für den Fall gewaltsamer Auseinandersetzungen die Niederlage der Arbeiterklasse voraussehbar; deshalb waren sie der Auffassung, daß das kapitalistische System langsam seinem natürlichen Ende entgegengehen müsse; wolle man dies beschleunigen, riskiere man eine faschistische Reaktion.

Solche Interpretationsvarianten – weitere werden folgen – müssen wohl ausdrücklich dagegen verwahrt werden, daß sie einen rechtfertigenden Charakter haben. Inzwischen scheint es eine gewisse Ängstlichkeit unter Historikern aller Richtungen zu geben, daß in den Verruf der Affirmation gelangt, wer »richtig«- und »falsch«-Konstatierungen vermeidet oder gar ablehnt. Daraus folgt leider eine bisweilen fast schon unerträglich werdende Besserwisseri des Nachbetrachters, der häufig noch in der Pose des Anklägers auftritt. Der Rezensentin geht es vielmehr darum, auf die Notwendigkeit der umfassenden und zugleich präzisen Beschreibung von Denken und Handeln und der sie bedingenden Faktoren hinzuweisen, ihr geht es um die möglichst genaue Analyse von Situationen, um den Aufweis, wie Bedingtes seinerseits Bedingung wird. Dies könnte davor bewahren, historische Möglichkeiten, in diesem Fall der SPD, zu überschätzen und einen Katalog von Fehlern aufzustellen, der schließlich auch nichts wiedergutmacht. Dies ist übrigens keine Absage an die kategoriale Durchdringung des historischen Materials, wohl aber die Forderung, die »simplistische Neigung« (Bloch) zu Homogenisierungen des historischen Materials zu vermeiden.

Lademacher setzt seine Kritik am Legalitätsprinzip der SPD tiefer an, als bisher vermittelt werden konnte: »Indem die Partei sich darauf fixierte, den Status der Legislative zu erhalten und die Parteiendemokratie in ihrem ganzen Pluralismus anzuerkennen, vollzog sie insofern eine Trennung von Politik und Gesellschaft, als sie den Grundwiderspruch eben dieser Gesellschaft, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Ordnung der Produktionsverhältnisse, nicht mehr hinterfragte oder gar politisch aktualisierte. Der in der kapitalistischen Wirtschaftsweise prinzipiell enthaltene Gewaltcharakter, der sich in der privaten Aneignung als permanente Enteignung des Produ-

⁹ Vgl. *Helga Grebing*, Arbeiterbewegung und Gewalt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 29, 1978, H. 2, S. 65–77.

zenten äußert, wurde einem Legalitätsdenken unterworfen, das sich als Anerkennung vorhandener Strukturen bietet und im eigentlichen Sinne als Überbau-Phänomen klassifizieren läßt« (S. 405). Lademacher exemplifiziert diese Auffassung auf zwei Ebenen: 1. an den theoretischen Vorstellungen von Rudolf Hilferding; 2. an der Praxis der Legalität.

Hilferding wird von *Lademacher* m. E. gleichzeitig über- und unterschätzt; überschätzt, weil dessen Rede in Kiel hochgespielt wird zu einem theoretischen Entwurf, beinahe möchte man sagen: vom Range eines Werkes wie »Das Finanzkapital«; unterschätzt, weil er so dargestellt wird, als sei er ein Ignorant, der nicht mehr in seinem Kopfe hatte, was er selber im »Finanzkapital« geschrieben hatte.

»Hinterfragt« wurde nämlich durchaus, wenn zwar auch nicht von »der Partei«, so doch von Hilferding und den Autoren der »Wirtschaftsdemokratie«, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und den – wie Hilferding sich ausdrückte – aus den früheren Epochen des Kapitalismus stammenden Eigentumsverhältnissen. Hilferding hatte keine Illusion über das Ergebnis der Revolution: »eine kapitalistische Demokratie – bis zur nächsten geschichtlichen Gelegenheit«¹⁰. Die Autoren der »Wirtschaftsdemokratie« ließen auch keinen Zweifel daran, daß »der organisierte Kapitalismus das Kapitalverhältnis nicht verändert« habe¹¹. Wenn Hilferding nach Lademacher dem Staat in der vorliegenden Form »die ausschließliche Hebelfunktion im Übergang vom planenden, organisierten Kapitalismus zum Sozialismus« anvertraut haben soll, so ist das verkürzt ausgedrückt. Denn die Staatsmacht in der Demokratie ist nach Hilferding von den Kräfteverhältnissen unter den sozialen Klassen abhängig, die durch die Parteien und die Wirtschaftsverbände repräsentiert werden. Hilferding sah also durchaus (was Lademacher ihm nicht zugesteht) die Beschränkung des Herrschaftsmonopols des Staates durch außerparlamentarische Kräfte. Auf dieser Einsicht beruht nämlich die das Verhältnis von Arbeiterbewegung und demokratischer Republik bestimmende Feststellung Hilferdings, daß in der demokratischen Republik der Staatswille »im steigenden Maße« durch den politischen Willen der organisierten Arbeiterbewegung beeinflusst werde. Insofern ist die Kennzeichnung der Funktionen, die Hilferding dem Staat zuweist, durch Lademacher als »ausschließliche Hebelfunktion« unscharf. Auch noch aus einem anderen Grunde: Hilferding teilt nämlich den Transformationsprozeß vom Kapitalismus in den Sozialismus in zwei Abschnitte (jedenfalls 1924 in »Probleme der Zeit«¹²): 1. »die Ausgestaltung der Ökonomie«; sie geht »in andauernder organischer Entwicklung«, also »evolutionär« vor sich; 2. der »Übergang der politischen Macht von einer Klasse auf eine andere«; er vollzieht sich »in einem relativ kurzen Akt, also revolutionär«.

Im Kontext solcher Vorstellungen Hilferdings erhält seine Rede in Kiel ein anderes Gewicht, eine mehr taktische Funktion im Zusammenhang mit den beiden Abschnitten der Transformation. Es galt, Handlungsspielräume anzugeben und mit den unveränderten allgemeinen sozialistischen Zielvorstellungen so zu vermitteln, daß die konkrete historische Situation und die Bewußtseinshorizonte der konkreten Arbeiterbewegung in Übereinstimmung gebracht werden konnten; deshalb gab Hilferding als mittelfristige Zielprojektion an: Es sei die gesamte Arbeiterklasse zur Partei zu erheben, was hieß: die christlichen und die kommunistischen Arbeiter überhaupt zu bzw. zurückzugewinnen; deshalb wurde mit Preußen als Etappenziel die Eroberung der Staatsmacht im Rahmen der Bedingungen der demokratischen Republik postuliert.

Daß die Lage nicht so günstig war, wie man zu hoffen wünschte, zeigt nicht nur das Mißtrauen der Linken in Hilferdings Analyse der Staatsfunktionen, dies zeigt auch der starke appellativ-beschwörende Charakter mancher Aussagen von Hilferding selbst und – be-

10 So überliefert *Julius Braunthal* ein Gespräch mit Hilferding 1919; vgl. Auf der Suche nach dem Millennium, Wien 1964, S. 238.

11 Vgl. *Fritz Naphtali*, Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt 1966, S. 27, 153.

12 Vgl. Die Gesellschaft, Bd. 1, 1924, S. 3.

trachtet man den ganzen Parteitag – auch die Reaktion der Nur-Pragmatiker bzw. der Rechten: »[...] aber wenn wir nicht alle Macht konzentrieren und alle Machtpositionen aufrecht erhalten, kann uns in der Tat ein deutsches Mussolini beschert werden, und es ist dann auch um alle bescheidenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik vorbei. Dann wird uns das Kapital viel mehr diktieren als in Italien, weil wir eine andere wirtschaftliche Struktur haben«¹³.

Diese korrigierenden Bemerkungen zu Lademachers Hilferding-Interpretation bedeuten keine generelle Distanzierung von seiner Interpretation; besonders in zwei Punkten ist Lademacher zuzustimmen: daß Hilferdings Annahme von der Ausschaltung der Konkurrenz zu optimistisch war; daß seine Auffassung von der krisenmildernden Effizienz des Organisierten Kapitalismus »eine unrealistische Prospektion« war – beides übrigens gemessen an anderen zeitgleich erfolgten Analysen des Kapitalismus.

Wenn nun aber Lademacher an Hilferding (S. 408) kritisiert, er habe nicht »die Formen und Möglichkeiten der Bewußtseinsbildung hinterfragt«, bzw. wenn er der SPD insgesamt (S. 412) vorwirft, sie habe ihre Aufgabe der »Förderung von Klassenbewußtsein« nicht wahrgenommen, so ist dieser Beurteilung zu widersprechen; zumindest muß hier wieder einmal differenziert werden: Hilferding war sehr wohl über die defizitäre Bewußtseinslage der Arbeiterschaft – gemessen an ihren historischen Aufgabenstellungen – besorgt. Denn nach Hilferdings Auffassung mußte der umfassenden gesellschaftlichen Zentralisation der Produktion die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe vorausgehen; Hilferding war skeptisch, ob die Arbeiter dazu in der Lage seien; deshalb legte er ein großes Gewicht auf die Erziehungs- und Bildungsprobleme: »Das notwendige Korrelat der politischen Demokratie, Bedingung und Erfolgsbürgschaft des Gebrauchs und des Besitzes politischer Macht, ist die Eroberung der Bildung, des Wissens, der Kultur, über die die Gesellschaft verfügt«¹⁴.

Nun ist der Gedanke (Hilferdings) gewiß nicht die Tat (der Partei) gewesen; aber was die Partei hätte tun sollen, läßt sich weder entscheiden mittels Ratschlag von Autoren wie z. B. Frank Deppe (Das Bewußtsein der Arbeiter) oder Paul Mattick (Spontaneität und Organisation)¹⁵, die vom negativen Ausgang her zu denken in der bevorzugten Lage sind, noch durch die ständige Berufung auf artikulationsfähige linke und rechte Randgruppen in der SPD – Randgruppen jedenfalls, gemessen an den 937 381 Mitgliedern (ohne SAJ), die die Partei am 31. 12. 1928 hatte. Über sie müßte man über sozialstatistische Angaben hinaus qualitativ viel mehr wissen, ehe man sagen kann, was der »Bewußtseinsformung« der Arbeiterklasse dienlich gewesen wäre und was nicht.

Wie Wette wendet sich auch Lademacher der »Praxis der Legalität« der SPD, insbesondere nach dem Staatsstreich Papens in Preußen, zu. Er verwertet in seiner Analyse u. a. die Protokolle der Parteiausschußsitzungen vom November und Dezember 1932 und Januar 1933, die ihm im Archiv der sozialen Demokratie zugänglich waren; die Materialien sind inzwischen in der hervorragenden Edition von Hagen Schulze allgemein zugänglich¹⁶. Lademachers sich auf die Protokolle beziehendes Analyseergebnis ist deshalb überprüfbar. Lademacher stellt fest, daß von der Sozialdemokratie »die Gewalt als Möglichkeit politischen Handelns, als Weg einer Konfliktlösung perspektivlos abgelehnt wurde« und die

13 Carl Severing, in: *Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kiel 1927*, S. 202.

14 Probleme der Zeit, in: *Die Gesellschaft*, Bd. 1, 1924, S. 4.

15 Auf diese Autoren bezieht sich Lademacher; vgl. Frank Deppe, *Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins*, Köln 1971; Paul Mattick, *Spontaneität und Organisation. Vier Versuche über praktische und theoretische Probleme der Arbeiterbewegung*, Frankfurt 1975.

16 Hagen Schulze (Hrsg.), *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33 (= AfS-Beiheft 4)*, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Partei, »ohne recht eigentlich über den Willen der Basis zu reflektieren, letztlich zur Tagesordnung« übergang (S. 422).

Die Durchsicht desselben Materials ergibt für die Rezensentin ein wesentlich differenzierteres Bild; nur auf einige unterschiedliche Punkte der Deutung sei hingewiesen: 1. Es gab offenbar eine Art gegenseitiger Blockierung zwischen der Parteiführung (diese meint wohl Lademacher, wenn er zwischen der Partei und deren Basis unterscheidet) und den Mitgliedern vor Ort, die hervorgerufen worden war durch eine auf gegenseitigem Mißverstehen beruhende Erwartungshaltung: Beide warteten auf das Zeichen von der jeweils anderen Seite. Wels sagte in seinem Schlußwort auf der Sitzung des Parteiausschusses am 10. November 1932 u. a. unter Bezug auf das Jahr 1918 und unter direkter Verwendung des berühmten Satzes von Kautsky: »Damals haben wir das Wort erlebt, daß Revolutionen nicht gemacht werden, sondern daß Revolutionen werden. [. . .] Wir machen keine Revolution, sie kommt«¹⁷. Nun kann man über einen solchen Satz hinweggehen, indem man ihn als typisches Produkt revolutionären Attentismus qualifiziert. Man kann aber auch diese im Traditions- und Erfahrungshorizont der Sozialdemokratie fest verankerte Auffassung ernst nehmen und situationsbezogen überprüfen.

Es hatte schließlich – und dies auch nicht erst seit 1930 – auf lokaler Ebene bemerkenswerte Zeichen militanter Aktivität gegen die Nationalsozialisten gegeben, die zusammengenommen eine erhebliche Kampfbereitschaft ergaben. Wenn die Massen begannen, dann – so wieder Wels in seiner Antwort an Lipinski – »wirst Du Dich nicht verblüffen lassen. Wir haben auch nicht geschlafen«¹⁷ (was, auf Wels' eigene Erfahrung im November 1918 bezogen, stimmt). Die Parteimitglieder, zwar geübt in spontanen lokalen Aktionen auf einem Feld unmittelbar durchschauter Erfahrung (insofern gehörte spontanes politisches Handeln durchaus zu ihrem Repertoire, aber eben nur unter bestimmten Bedingungen), warteten jedoch für den strategisch angelegten Großkampf auf das Zeichen der Führer, das bekanntlich nicht kam.

Hier stellt sich 2. die Frage nach den Gründen der Resignation der Führer. Es ging ja nicht um eine bloße Demonstration, zu der die Massen alleine auf die Straße gehen würden und die Führer allenfalls zu überlegen hatten, wie man sie wieder nach Hause bringen konnte. Es ging schließlich um einen revolutionären Bürgerkrieg – so muß doch wohl das, was seinerzeit erwartet oder befürchtet worden ist und was Historiker meinen, wenn sie alternative Möglichkeiten ins Kalkül ziehen, genannt werden. War der spontane lokalbezogene Radikalismus zu transformieren in den langen Atem, der zum erfolgreichen Bestehen eines so exorbitanten Kampfes notwendig war? Welches ins strategische Kalkül einzubeziehende Ausmaß hatten die Demoralisierung der Arbeiter und die Schwächung ihrer Organisationen durch die Weltwirtschaftskrise? Diese produzierte zwar aggressive Radikalität als Ausdruck von Verzweiflung; doch auch unbeirrbares Durchstehvermögen selbst dann, wenn sich die Lebenssituation der potentiellen Kämpfer und ihrer Familien vorübergehend noch mehr verschlechtern würde? Wie weit, wie generell gilt eigentlich das Argument, das Lademacher selbst bringt (S. 425), daß man sich in der Tat wird fragen müssen, »ob nicht das Erlebnis und die Erfahrung des Krieges, durch den der größte Teil der sozialdemokratischen Mitglieder hindurchgegangen war, jede Form der Gewaltanwendung hat ablehnen lassen«? War dann aber nicht zu unterscheiden zwischen akuter Kampfbereitschaft und langfristiger Kampffähigkeit? Erklärt diese Differenz nicht einiges von dem Widerspruch zwischen den zeitgleichen Äußerungsformen und den späteren Erinnerungen der seinerzeit Kampfbereiten und den zeitgleichen oder späteren Einlassungen der Parteiführer?

Hier sind erst einmal Fragen zu stellen gewesen, die dazu veranlassen sollen, gegen den überwiegenden Trend in der Historiographie gewissermaßen antizyklisch die Überlegungen der Parteiführung nicht einfach als bloße Schutzbehauptungen abzutun, sondern sie zu

¹⁷ Schulze, Anpassung, S. 70.

überprüfen. Dazu hat schon Hagen Schulze angesetzt, der auf den zunehmenden Gegensatz zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung hingewiesen hat, der sich eindeutig aus den Protokollen ergibt, und auf die Bedeutung des »Neins« der Gewerkschaftsführer zum Generalstreik für die Verstärkung der resignativen Beurteilung der Kräfteverhältnisse¹⁸.

Hier an dieser Stelle ist überzuleiten zum 3. Punkt der Differenz zur Interpretation von Lademacher. Nicht nur die SPD und die Gewerkschaften stellten – beginnend mit der Auseinandersetzung um den Charakter der Krise 1931, verstärkt dann 1932 – keine Einheit mehr dar; die Arbeiterbewegung insgesamt war hoffnungslos zerspalten. Aber es war weder »sozialdemokratische Intransigenz« noch »Kommunistenfurcht« (S. 429), die »unter der Drohung des Faschismus« (so der Titel eines Artikels von Hilferding in der »Gesellschaft« im Januar 1932) keine Einheitsfront zustande kommen ließ, sondern auf handfeste Erfahrungen gegründetes, jahrelang angesammeltes Mißtrauen, das sich nicht in wenigen Wochen beseitigen ließ. Merkwürdige kommunistisch-nationalsozialistische, gegen die Sozialdemokratie gerichtete Allianzen infolge der Sozialfaschismus-Politik hatten zusätzliche Irritationen hervorgerufen: im Juli 1931 die Beteiligung der KPD am Volksbegehren von Stahlhelm, NSDAP, DNVP u. a. zur Auflösung des Preussischen Landtages; im Mai 1932 nach den Landtagswahlen der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung Braun; im November 1932 der Berliner Verkehrsarbeiterstreik, bei dem KPD- und NSDAP-Vertreter die Streikleitung bildeten. Das ZK der KPD hatte im Februar 1932 seine Politik nochmals eindeutig festgelegt: Der Hauptstoß war gegen die Sozialdemokratie zu richten, die Arbeitermassen sollten gegen den Sozialfaschismus mobilisiert werden; denn die SPD galt als der »gegenwärtig aktivste Faktor der Faschisierung« und als »Wegbereiter für Hugenberg-Hitler«. Diese Linie war im Laufe des Jahres 1932 durch mehrere inhaltsgleiche Verlautbarungen bestätigt worden¹⁹. Weder dies alles erwähnt Lademacher noch die aufschlußreiche Tatsache, daß, wie aus den Parteiausschuß-Protokollen zu entnehmen gewesen wäre, gerade die ehemaligen USPD-Führer – Hilferding, (mit Einschränkungen) Breitscheid, Crispian, Mathilde Wurm, Dittmann, Aufhäuser – dringend von einer Einheitsfront mit der KPD abrieten (wie übrigens Otto Bauer auch).

Insgesamt sind Lademacher wie Wette bei ihrer Darstellung der »Praxis der Legalität« zu stark fixiert auf die Arbeiterbewegung selbst, bzw. sie blenden die Rahmenbedingungen, die den Handlungsspielraum der gesamten Arbeiterbewegung einengten, und dies seit 1920, weitgehend aus. Die Frage nach der Macht des Gegners und nach den ihn begünstigenden Momenten im historischen Prozeß wird nicht gestellt; dabei würde erst eine Antwort auf diese Frage zu einer Antwort auf eine weitere Frage führen: ob denn die organisierte Arbeiterbewegung überhaupt über das Maß an proletarischer Gegenmacht verfügen konnte, um dem gegen sie entfesselten Vernichtungsfeldzug erfolgreich widerstehen zu können²⁰. Hilferding hatte diese verengte Perspektive nicht, als er sich an der Diskussion über das Scheitern der Arbeiterbewegung beteiligte. Lademacher benutzt zur Darlegung der Position Hilferdings nach 1933 dessen Briefwechsel mit Karl Kautsky und Paul Hertz; die Rezensentin kennt diesen Briefwechsel ebenfalls und hat wiederum einige Einwände dagegen, wie Lademacher Hilferding interpretiert. Diese Einwände mögen nicht von großem Gewicht, aber vielleicht doch insofern nützlich sein, als sie das bei Lademacher etwas einseitig geratene Bild von Hilferding korrigieren: Im April 1933 schreibt Hilferding an Kautsky, wie Lademacher auch überliefert (S. 434), daß man den Willen der Arbeiterklasse, »unter

18 Schulze, Anpassung, S. XVIII.

19 Vgl. hierzu Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt 1976.

20 Die Rezensentin bezieht sich hier auf einen noch unveröffentlichten Aufsatz von Richard Saage, Reformismus und Krise. Vergleichende Anmerkungen zum Handlungsspielraum der reformistischen Arbeiterbewegung in den ersten parlamentarischen Demokratien in Deutschland und in Österreich.

allen Umständen die Demokratie zu erhalten, das Politische, die Freiheit, über das Materielle zu stellen, wohl unterschätzt« habe. Gleichzeitig ist die Rede davon, daß das Niederdrückendste »die Leichtigkeit ist, mit der der Faschismus gesiegt hat und den Sieg befestigt«. Im September 1933 (Lademacher erwähnt diesen Brief an Kautsky nur im Vorbeigehen, vgl. S. 441) wird er noch deutlicher: »Es war aber ein Versagen der Arbeiterklasse selbst, gewiß erklärlich aus der historischen Situation, das aber nicht unkritisiert bleiben kann, wenn man den Mangel an Freiheitswillen und die sich immer wiederholende Kapitulation vor dem Nationalsozialismus in den deutschen Arbeitermassen bekämpfen will«²¹.

Dies ist wirklich wieder die Haltung der Führenden, die sich im nachhinein beklagen, das »falsche Volk« gewählt zu haben. Aber in diesem Brief deutet Hilferding auch an, daß es eine Zeit gegeben hat, in der die (das Folgende determinierenden) Fehler gemacht worden sind: »Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im großen und ganzen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. Zu diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit von 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden«²².

Ein großer Teil der grundsätzlichen Einwände gegen Wettes und Lademachers methodologische Verfahrensweise und inhaltliche Interpretation trifft auch den Aufsatz von *Almut Schunck* und *Hans-Josef Steinberg* über die österreichische Sozialdemokratie (»Mit Wahlen und Waffen. Der Weg der österreichischen Sozialdemokratie in die Niederlage« – S. 461–495); sie sollen nicht wiederholt werden, statt dessen werden einige neue kontroverse Diskussionspunkte aufgegriffen.

Der Beitrag der Autoren beruht im wesentlichen auf der Wiederholung und Fortführung der in der Motivation entgegengesetzten, im Ergebnis jedoch ähnlichen Untersuchungen von Hans-Jörg Sandkühler / Rafael de la Vega und Norbert Leser über den Austromarxismus²³. Lesers Diktum über den Austromarxismus: »ein fast perfekter Irreführungsmechanismus« wird als ein Motto dem Beitrag vorangestellt. Die austromarxistische Strategie, niedergelegt im Linzer Programm von 1926, erwies sich im Ergebnis ihrer praktischen Anwendung nach Auffassung der Autoren als eine phrasenhafte »Politik des Bluffs« (Leser), an der einzig der »Mechanismus des routinierten Rückzugs« (Leser) den Autoren eine gewisse Bewunderung abzuverlangen scheint. Der 12. Februar 1934 war dann der Schlußpunkt des »Fiasko[s] der austromarxistischen Strategie«, das am 15. Juli 1927 begonnen hatte: »Die Strategie des Austromarxismus hat sich hinter dem Schwall von Drohungen mit Gewalt als attentistisch und gegenüber dem Faschismus als untauglich erwiesen, weil sie in der Tat nur ein in Zwiespältigkeit begründeter Bluff war, den seit 1927 die Gegenseite nicht mehr ernst nahm« (S. 482). Die permanente Drohgebärde und die Abqualifizierung der bürgerlichen Gegner als eine reaktionäre Masse verhinderten auch den Weg in die Koalition, die sich nach 1927 einige Male anbot.

Nun hat schon Gerhard Botz zur Erklärung der defensiven Haltung der Parteiführung im Juli 1927 (indirekt gegen Leser gerichtet) eingewendet, daß es 1927 »noch nicht um die Alternative halbfaschistische Diktatur oder parlamentarische Demokratie [ging], die gerade als Kampfboden der sozialdemokratischen Bewegung praktisch unumstritten war. Diese Alternative wird erst aus historischer Sicht erkennbar«²⁴. Und Rudolf Neck hat über-

21 Hilferding an Kautsky, 23. Sept. 1933, Nachlaß Kautsky, D XII 661, IISG Amsterdam.

22 Auf die Bedeutung dieser Stelle hat schon einmal *Eberhard Kolb*, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1962, S. 7, hingewiesen.

23 Vgl. *Norbert Leser*, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien 1968; *Hans-Jörg Sandkühler / Rafael de la Vega*, *Austromarxismus*, Frankfurt 1970.

24 *Gerhard Botz*, *Der ›15. Juli 1927‹*, in: *Rudolf Neck / Ludwig Jedlicka* (Hrsg.), *Österreich 1927 bis 1938*, Bd. 1, München 1973, S. 38.

zeugend dargelegt, daß, gemessen an der Unterdrückung, die vorausgegangen war, die Bewegung im Februar 1934 »gewaltig« gewesen sei. Die Schwäche der Führung 1933/34 sei offenkundig, aber verständlich; die Niederlage beruhe aber nicht auf militärischen Führungsmängeln, sondern habe ihre Ursache in dem Fehlen eines politischen Kampfzieles gehabt. Dies weise weiter zurück: auf die »ideologischen Mängel« des Linzer Programms und auf die unzulängliche (schizoide) gesellschaftliche Bewußtseinsbildung der österreichischen Arbeiterklasse²⁵. Das heißt im Klartext, daß nicht klar war: Wofür kämpft man, wen, was verteidigt man? Den Sozialismus (welchen? den demokratischen, den der Sowjetunion?), die Demokratie, die Republik?

Friedrich Adler hat die Problematik der Konsequenzen einer solchen unklaren Zielperspektive wohl schon 1926 auf dem Parteitag in Linz erkannt, da er unter Hinweis auf die Konsequenzen von Faschismus und Bolschewismus für die demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung dazu aufforderte, den Arbeitern, den Soldaten, den Gendarmen klarzumachen, »daß es für alle ein Ideal ist, diese Republik zu verteidigen«²⁶. Und Otto Leichter hat das nicht mehr auflösbare Dilemma, den dialektischen Gegensatz, wie er sagte, 1932 so definiert: Das Anwachsen des Mißtrauens gegen die Demokratie bei den Arbeitern stehe im diametralen Gegensatz zu der Notwendigkeit, den Kampf um die Demokratie als Kampf für den Sozialismus zu führen²⁷. Otto Bauer hat dann erst im Juli 1933 die Parole ausgegeben, die nicht mehr anfeuerte: Wir kämpfen um die Demokratie²⁸. Er hat nach der Niederlage wie Hilferding einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen 1918 und 1933 gesehen, und in dieser Sicht steckt doch wohl mehr als ein magerer Selbsttrost: Die Revolution 1918 hat unter schwerstem äußeren Druck die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft nicht auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt; die Folge davon war die Niederlage 1933 bzw. 1934.

Der umfangreiche Beitrag von *Arnold Sywottek* über »Die Opposition der SPD und der KPD gegen die westdeutsche Aufrüstung in der Tradition sozialdemokratischer und kommunistischer Friedenspolitik seit dem Ersten Weltkrieg« (S. 496–610) kann in seinen einzelnen Argumentationslinien hier nicht nachvollzogen werden. Er ist – insgesamt gesehen – ein außerordentlich gelungenes Beispiel für die Einordnung einer speziellen Fragestellung in die gesamte Tradition der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der Arbeitsansatz ist präzise: Es geht um die Darlegung der Grundsatzdiskussionen in beiden Parteien als Momente der Erfahrung. Auf Forschungslücken und -probleme wird immer wieder aufmerksam gemacht, jede Homogenisierung des noch nicht voll erschlossenen historischen Prozesses vermieden: vgl. z. B. S. 516 die Bemerkung, daß über das Bewußtsein, die Ideologie der Masse der KPD-Mitglieder (am Ende der Weimarer Republik) kaum etwas bekannt sei; oder S. 538 im Zusammenhang mit der Feststellung, daß die Aufrüstung offensichtlich keine so zentralen Bedürfnisse der Bevölkerung tangierte, die Bemerkung, daß die politische Kultur der Gründungsphase der Bundesrepublik noch zu wenig erforscht sei. Auch mit häufig zustimmend rezipierten Literaturpositionen wie denen von Theo Pirker²⁹ oder von Wolf-Dieter Narr³⁰ setzt sich Sywottek (im Unterschied zu Wette und Lademacher, die in ihren Beiträgen entgegengesetzte Literaturpositionen vermischt und ungewichtet benutzen) kritisch auseinander (vgl. S. 539, 561, 600, Anm. 496).

25 *Rudolf Neck*, Thesen zum Februar 1934. Ursprünge, Verlauf und Folgen, in: Protokoll des Symposiums in Wien, 5. Februar 1974, Wien 1975. – Die Thesen wurden erweitert in dem von Neck vorgelegten Arbeitspapier für die 10. Linzer Konferenz der Historiker der Arbeiterbewegung 1974.

26 *Protokoll des Parteitages in Linz*, S. 300 f.

27 *Otto Leichter*, Ende des demokratischen Sozialismus? Wien 1932.

28 *Otto Bauer*, Um die Demokratie, in: *Der Kampf*, Jg. 26, 1933, H. 7, S. 269–276.

29 Vgl. *Theo Pirker*, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei 1945–1964, München 1965.

30 Vgl. *Wolf-Dieter Narr*, CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966.

Die Arbeiten von *Frank Ernestus* (»Independent Labour Party 1910–1918. Versuch einer Friedenspolitik« – S. 611–640) und *Gottfried Niedhart* (»Friedensvorstellungen, Gewaltdiskussion und Konfliktverhalten in der britischen Labour Party 1919–1926« – S. 641–679) beziehen sich auf Themenfelder, die von der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik über die Arbeiterbewegung bisher völlig vernachlässigt worden sind (die Ausnahme Gerhard A. Ritter bestätigt die Regel). Beide Beiträge unterstreichen indirekt die Notwendigkeit eines vergleichenden Arbeitsansatzes über die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung; vieles inzwischen stromlinienförmig Zurechtgemachte in der Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung würde relativiert. Nur ein Beispiel sei nochmals hervorgehoben: Der Zusammenhang von Gewaltlosigkeit und demokratischem Weg des Sozialismus ist – in Auseinandersetzung mit dem Weg der Bolschewiki und in scharfer Abgrenzung von ihm – unmittelbar nach 1917 von den Labour-Führern im Vergleich zu den deutschen Parteiführern nicht minder prononciert zum zentralen politischen Thema gemacht worden: Die im parlamentarischen System verankerte Sozialdemokratie sollte als Bollwerk gegen Bolschewismus und Bürgerkrieg gestärkt und reorganisiert werden (vgl. S. 649 f.).

Siegfried Bahne untersucht in seinem Beitrag (»Einige Bemerkungen zum Gewaltproblem in der Kommunistischen Internationale« – S. 680–697) die Kontinuität in der kommunistischen Beurteilung der Gewaltfrage, aber auch die Anpassung der Beurteilung an die jeweils gültige Taktik. Stärker als in der Komintern-Periode werde im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit der KPCh hervorgehoben, daß die Arbeiterklasse zwar durch den Klassengegner in die Lage versetzt werden könne, Gewalt anwenden zu müssen, daß sie aber die gewaltlosen Methoden vorziehe.

Vladimir Horsky bearbeitet auf der Basis seiner großen 1975 erschienenen Studie »Prag 1968« unter dem Titel »Gewaltloses Freiheitsengagement als Faktor der Systemtranszendierung« (S. 698–759) noch einmal den Fall Tschechoslowakei 1968. Das Ergebnis seiner Überlegungen ist: Ohne Gewaltverzicht wäre die Einheit zwischen Volk und Reformern nicht möglich gewesen oder: »Positiv ausgedrückt: die tschechoslowakische Erfahrung hat gezeigt, daß auf dem Boden einer postkapitalistischen Gesellschaft sich die Reformbewegung ihrer inneren Gegner mit gewaltlosen Methoden entledigen kann; zugleich legte sie nahe, daß diese Methoden mehr bewirken können als die gewaltsamen« (S. 751).

In ihrer Zusammenfassung: »Frieden und Gewalt in den Handlungsmustern der sozialistischen Arbeiterbewegung« (S. 763–808) vermeiden die beiden Herausgeber *Johannes Schwerdtfeger* und *Wolfgang Huber* ein zu anspruchsvolles generalisierendes Verfahren. Ihre Vogelschauperspektive ermöglicht es ihnen, Ungleichgewichtungen, die zwischen den bzw. innerhalb der Einzelbetrachtungen aufgetreten sind, zu korrigieren, Fragen, die offen sind, offen zu lassen, vor allem aber auch die Rahmenbedingungen klarer zu bezeichnen. Daß sie einige analyseersetzende Topoi und blickverengende Interpretationsmuster aus den Einzelbeiträgen übernehmen, ist nicht anders zu erwarten.

Es wird klargestellt, daß es exogene »Begrenzungs- und Verhinderungsbedingungen« gibt, die die Handlungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung unmittelbar einschränken oder gar eliminieren: Krisen entschärfen ihr wichtigstes Kampfmittel, den Streik (S. 783); die Weltwirtschaftskrise bedeutete sogar nicht nur Begrenzung, »sondern Auslöschung sozialistischer Handlungsmöglichkeiten« (S. 784); insgesamt stellen sich die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen, die Organisationsfragen und die Theorieprobleme »nicht selten als spannungsreiche, mitunter auch dichotomische Konstellationen« dar (S. 768).

Zu den Begrenzungs- und gegebenenfalls Verhinderungsbedingungen zählen die Herausgeber insbesondere auch – ein Aspekt, den die Einzelbeiträge leider nicht untersuchten – die sozialisationsbedingten Verzögerungen in der Veränderung von Bewußtseinsstrukturen und Handlungsmustern: »Dies kann dazu führen, daß für das Handeln in objektiv richtig eingeschätzten Situationen nur Handlungsmuster zur Verfügung stehen, die als gravierende

Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten wirken und unter Umständen die mögliche Erreichung des Zieles verhindern« (S. 773). Diese sozialisationsbedingten Verzögerungen bzw. ihr Ausmaß bzw. die Chance, Lücken zu überwinden, sehen die Herausgeber abhängig von der politischen Kultur (ebda.).

Auch die Tatsache der überwiegenden Wirksamkeit der Arbeiterbewegungen im nationalen Rahmen bedeutete eine »objektive Handlungsbegrenzung« insofern, als die Arbeiterbewegungen in diesem nationalen Rahmen vielleicht Teilerfolge errungen haben, »aber doch immer wieder auf dieses, auch die nationalen Ordnungsprinzipien bestimmende System und die in diesem System bestehenden Machtstrukturen« (S. 785) stießen.

Es sind aber auch innere Begrenzungs- oder Verhinderungsbedingungen zu konstatieren. Die Herausgeber zeigen, daß dazu die Nicht-Reflexion veränderter Bedingungen gehört; aus ihr folgt eine »Art habitualisierter Selbstbegrenzung der Handlungsmöglichkeiten« wie z. B. das geschichtsphilosophisch begründete Vertrauen in den Sieg der Arbeiterklasse, der nicht verfrüht aufs Spiel gesetzt werden dürfe; eine derartige Selbstbegrenzung kann dem Gegner Handlungsvorteile verschaffen (S. 774 f.).

Zu der theoretischen Nicht-Reflexion von Handlungsformen und -möglichkeiten in ihrem situations- und bedingungsbezogenen Zusammenhang gehörte auch der Komplex »Spontaneität der Massen«: »Das Problem des Verhältnisses zwischen Spontaneität der Massen und einem auf den Frieden gerichteten Handeln scheint seinen eigentlichen Grund darin zu haben, daß offenbar weder die SPD 1918 noch Lenin noch heutige Theoretiker wirklich theoretisch und praktisch verstanden haben, was mit der »Spontaneität der Massen« gemeint sei, und daß deshalb die entsprechenden Handlungsbedingungen nicht oder nur sehr begrenzt bekannt sind« (S. 781).

Statt der in der sozialistischen Theorie postulierten Einheit der Widersprüche, die im Handlungsvollzug durchzuhalten ist, stellte sich bei der Überprüfung konkreter Handlungssituationen ein Zurückfallen hinter dieses Postulat heraus: statt Einheit der Widersprüche ein Nacheinander, oft Gegeneinander. Der resümierende Schluß, den die Herausgeber daraus ableiten, lautet: Die Handlungsorientierung (via Theorie) und die Handlungsmöglichkeiten (in einer konkreten Situation) sind im Hinblick auf die Verwirklichung angestrebter Ziele »potentiell ambivalent« (S. 769, 803).

Daraus ergibt sich nach Auffassung der Rezensentin zweierlei:

1. Handlungsorientierungen bzw. Weg-Ziel-Vorstellungen werden nur dann die Chance haben, Handlungsmöglichkeiten im Sinne angestrebter Ziele zu nutzen, wenn sie freigehalten worden sind von der unfruchtbaren Spannung zwischen (normativem) Denken und (gedankenlosem) Handeln bzw., wie die klassische Kennzeichnung dieser Spannung in der europäischen Arbeiterbewegung lautet: von dem Dualismus zwischen Theorie und Praxis. Dieser Dualismus »erklärt« dann regelmäßig das Scheitern der Praxis im Horizont der Anforderungen der Theorie; so jedenfalls ist inzwischen wohl die überwiegende Einstellung der Historiker der deutschen Arbeiterbewegung zu kennzeichnen, wobei ja die nachträgliche Option für die (richtige) Theorie meist die Erwartungshaltung des Historikers ausdrückt.

Seltener wird umgekehrt danach gefragt, ob nicht die winzige Praxis oder gar die erfolglose Praxis in Wirklichkeit die Unzulänglichkeit oder gar das Scheitern der Theorie bedeutet. »Schuld« am jeweiligen Debakel der Praxis wäre dann der Theorie zu geben, die nichts anderes gewesen wäre als selbstzweckgesetzte Normativität und instrumentell funktionslos. Die Gefahr bloßer Umkehrung des »Schuldverhältnisses« ist bei einem solchen Verfahren eklatant. Der Problemlage angemessener wäre es daher – und der besprochene Band fordert dazu heraus –, nach den Bedingungen der Reduzierung der potentiell offensichtlich immer vorhandenen Ambivalenz von Handlungsorientierung und Handlungsmöglichkeiten zu fragen. Dies wäre dann vielleicht auch ein Stück – annehmbarer – Lehre aus der Geschichte;

denn während manche Historiker sich noch immer weigern, solche Lehren zu ziehen, betreiben andere dieses Geschäft inzwischen mit allzu ungebrochener Vehemenz.

2. Spätestens nach der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 lernten demokratische Sozialisten in Europa die Lektion, daß der Sozialismus nur als ein gewaltloser sich verwirklichen lassen konnte; denn Ziel und Mittel mußten unabdingbar miteinander verbunden bleiben: Anders würden die Mittel das Ziel zerstören, ja schließlich an die Stelle des Zieles treten, das nur noch der bloßen Rechtfertigung der zielwidrigen Mittel dient. Diese Einsicht zu haben, bedeutete nach 1918 – in Deutschland und in Österreich –, daß u. U. eine Niederlage des demokratischen Sozialismus angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse programmierbar war. Um es zu wiederholen: Es gibt historische Lagen, in denen humane Prinzipien und auf ihnen beruhende soziale Bewegungen nicht erfolgreich sein können; deshalb sind diese Prinzipien nicht falsch.